

'Distanz und Nähe' - Die Gouvernementalität der Gemeingüter am Beispiel von Alterswohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen

Delaney, Patrick

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Delaney, P. (2015). 'Distanz und Nähe' - Die Gouvernementalität der Gemeingüter am Beispiel von Alterswohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 35(137), 58-74. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64066-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Patrick Delaney

„Distanz und Nähe“ – Die Gouvernamentalität der Gemeingüter am Beispiel von Alterswohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen

Der Wohnsituation im Alter kommt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Zukunft von Europas Wohlfahrtsstaaten mit ihren teils drastisch alternden Bevölkerungen zu. Die Familien sind kleiner geworden, und ihre sich im Arbeitsleben befindenden Mitglieder leben aufgrund hoher beruflicher Mobilität häufig nicht mehr gemeinsam am gleichen Ort. Die Mehrzahl der alten Menschen lebt deshalb allein, während die Möglichkeiten familiärer Betreuung und Pflege abnehmen: Frauen, die in der Vergangenheit gemeinhin die Rolle des pflegenden Angehörigen übernehmen mussten, sind heute mehr und mehr in die Arbeitsmärkte integriert. So sinken die Potentiale für informelle Sorge.

Kosten im Pflege- und Gesundheitswesen steigen stetig. Der Staat zieht sich angesichts dieses Szenarios durch Initiativen wie die Einrichtung einer privaten Pflegeversicherung zusehends aus der Alterssicherung zurück. So verschiebt sich die Verantwortung für die Altersvorsorge in Richtung der Bürgerinnen und Bürger, während Vermutungen über ein womöglich noch unzureichend genutztes oder gar brach liegendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Potential der „Alten“¹ die Gesetzgeber genauso wie die Marktforscher unruhig werden lassen. Die über 65-Jährigen gewinnen dabei unter einem ganz anderen Vorzeichen an Bedeutung, nämlich als zukünftig wichtigste Konsumentengruppe, die Vorhersagen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zufolge „die Konsumstruktur bis 2035 substantiell verändern“ wird (BMFSFJ 2007: 4).

1 Den folgenden Überlegungen liegt keine spezifische Definition des Alters im Sinne einer gerontologischen Perspektive oder soziologischer Generationenforschung zugrunde. Dies würde dem theoretischen Zugang widersprechen, der gerade von der Kontingenz solcher Definitionen ausgeht und danach fragt, wie sie „wahr“ gemacht werden und welchen Argumentationen sie „ihre“ Wahrheit leihen könnten.

In diesem Zuge arbeitet die Bundesregierung aktiv daran, ein auf Potentiale und Stärken ausgerichtetes neues Altersbild zu etablieren, wobei das Leitmotiv der „neuen Alten“ oder „jungen Alten“ schon lange in der Forschung als ideologisches Konstrukt kritisiert wird (vgl. Kade 1994: 9; van Dyk/Lessenich 2009).

Vor diesem Hintergrund wird in den vergangenen Jahren in Deutschland, häufig von Bürgerinnen und Bürgern oder privaten Trägern, teils von Seiten des Staats initiiert oder gefördert, immer wieder mit sogenannten gemeinschaftlichen Wohnformen experimentiert, die in Skandinavien eine lange Geschichte haben. Besonders Dänemark, wo die ersten Projekte schon Mitte der 1960er Jahre entstanden, gilt als europäischer Vorreiter in der Umsetzung alternativer Wohnkonzepte und wurde zum Vorbild für Projekte und Reformen in vielen der europäischen Nachbarstaaten. Als „Cohousing“ wurde das gemeinschaftliche Wohnen zum weltweiten Phänomen, mit der größten Zahl an Projekten in den USA (Scott Hunt 2007). Gemeinschaftliche Wohnformen könnten Antworten auf die Herausforderungen des demographischen Wandels bieten und die häufig angeführten Kernprinzipien wie Selbstbestimmtheit der Individuen, das Leben in Gemeinschaft und die damit verbundene Hilfsbereitschaft untereinander fordern die europäischen Wohlfahrtsstaaten mit starken Idealen von sozialen Bindungen heraus. Während allseits die Verantwortung für Daseinsvorsorge und Pflege auf die Bürgerinnen und Bürger überwältigt wird, entsteht so mit Mehrgenerationenhäusern und Alterswohngemeinschaften eine Alltagspraktik, die Hoffnungen auf eine Erneuerung innergesellschaftlicher Solidarität weckt.

Was in diesen Wohnformen gelebt wird, erinnert in vielen Punkten an die Ideale, die im Zuge der Debatte um die Wiederaneignung der Gemeingüter oder „Commons“ aufgerufen werden, und im Folgenden wird sich zeigen, dass dieser erste Eindruck in einigen Punkten zutrifft. Trotzdem ist zu bedenken, dass sich die gemeinschaftlichen Wohnformen für das Alter auch – vielleicht überraschend – leicht in aktivierende Programme der Bevölkerungspolitik integrieren lassen und dass sich nicht in jeder gesellschaftlichen beziehungsweise ökonomischen Praxis, die auf Teilen beruht, automatisch die Prinzipien der Gemeingüter verwirklicht finden. Dieser Aspekt ist gerade angesichts der derzeit boomenden „shareconomy“, die besonders in Gestalt von Unternehmen von Airbnb oder Uber von sich reden macht, naheliegend und sollte auch bei einer weiterführenden Debatte über das Verhältnis von Staat, Markt und individueller Verantwortung bei der Reproduktion öffentlicher Güter und den Erhalt individueller Daseinsicherung nicht aus dem Blick geraten.

Gouvernementalität und fortgeschritten-liberales Regieren

Das methodische Instrumentarium für diese Überlegungen liefern die im Anschluss an Michel Foucault entwickelten Governmentality Studies. Eine genealogische Vorgehensweise² ermöglicht es, sowohl historisch-spezifische Formen politischer Herrschaft als auch Formen von Aktivitäten und Technologien in den Blick zu nehmen, die dem alltäglichen Leben Form und Struktur geben (Nadesan 2008: 1). Diese Aktivitäten und Technologien werden in einer Studie zur Gouvernementalität in zweierlei Hinsicht mit sogenannten „politischen Rationalitäten“ in Verbindung gebracht. Als „regimes of practices“ (Dean 1999: 22), also Praktiken des alltäglichen Lebens, wird ihnen einerseits eine eigene Materialität und politische Rationalität zugesprochen. Andererseits können sie aber auch für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden und abhängig von ihrer Ausgestaltung innerhalb spezifischer politischer Rationalitäten des Regierens unterschiedliche Bedeutungen annehmen (vgl. Lemke 2008: 62).

Neben den Grundlagen der Gouvernementalitäts-Theorie von Foucault ist ein Ansatz, der sich in den Governmentality Studies entwickelt hat, von besonderer Bedeutung: Nikolas Roses Konzept der „Advanced Liberal Rule“³ ist als Weiterentwicklung von Foucaults Analysen des Neoliberalismus lesbar, führt jedoch eine wichtige Differenzierung zwischen den technischen Aspekten heutiger liberaler Regierungskunst – vor allem der Dezentralisierung von Verantwortung, der Schaffung und Regulierung von Freiheitsräumen und die Aktivierung von Individuen und Gemeinschaften – und den ideologischen Besonderheiten des Neoliberalismus ein. Dies ermöglicht die Untersuchung eines Regime of Practices als Element fortgeschritten-liberaler Regierungskunst, ohne dies zwangsläufig mit einer neoliberalen politischen Rationalität in Verbindung zu bringen, wie es bei der Mehrzahl der Arbeiten aus den Governmentality-Studies bisher der Fall ist. Vielmehr kann in einem zweiten Schritt danach gefragt werden, welche

2 Die Genealogie ist eine historische Methode, die der Entstehung von gegenwärtigen Sachverhalten entlang ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihrer ideengeschichtlichen Anknüpfungspunkte nachspürt. Eine Studie zur Gouvernementalität arbeitet ausdrücklich *nicht hermeneutisch*. Die Argumentation der Autoren wird vielmehr als Gegenstand angenommen, den es in Bezug auf seine Konzeption der zu regierenden Räume, Objekte und Subjekte einzuordnen und als historisch-spezifische Anordnung von Wissen und Deutungsmustern wahrzunehmen gilt. Es geht nicht darum, ob die Aussagen „wahr“ sind, sondern was sie zu einem Zeitpunkt „X“ wahr macht.

3 Im Folgenden wird an manchen Stellen auch die eigene Übersetzung „fortgeschritten-liberales Regieren“ Verwendung finden.

politischen Rationalitäten sich in der jeweiligen Praktik ausdrücken (Rose 1996; 1999a; 1999b). Die gemeinschaftlichen Wohnformen für das Alter können damit als institutionalisierte beziehungsweise in der Institutionalisierung begriffene Regimes of Practices verstanden und hinsichtlich ihrer Entstehung und möglicher Transformationen (vgl. Dean 1999: 21) analysiert werden.

Vor diesem Hintergrund möchte ich im Folgenden Auszüge aus einer genealogischen Analyse von Ratgebern zum (gemeinschaftlichen) Wohnen im Alter sowie ausgewählter wissenschaftlicher Studien und Dokumentationen über bestehende Wohnprojekte vorstellen⁴. Strukturiert wird die Betrachtung durch zwei Idealtypen politischer Rationalitäten, deren Wirken in der Praktik gemeinschaftlichen Wohnens vermutet wird.⁵ Die erste leitet sich aus dem Neoliberalismus ab, der wesentlich für die Formung der Strukturen war, in denen die Praktik des gemeinschaftlichen Wohnens heute entwickelt wird. Als idealtypisches Gegenstück zum Neoliberalismus und der aus ihm abgeleiteten politischen Rationalität fungiert die Theorie der Gemeingüter. Sie bildet die Grundlage einer Gegenbewegung zur neoliberalen Produktionsordnung und Gesellschaftsformation, die sich in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen der gemeinschaftlichen Produktion und der Teilhaberechte zu ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen profiliert hat.⁶

4 Die Studie ist 2014 bei der Edition Sigma unter dem Titel „Gouvernementalität in der alternden Gesellschaft. Wohnen im Alter zwischen Neoliberalismus und Solidarität“ erschienen (Delaney 2014) und umfasst zusätzlich zur Analyse der Ratgeber, Selbstdarstellungen und Texten aus Forschung und Politikberatung auch eine Einschätzung zur Einbindung des gemeinschaftlichen Wohnens in Regierungsprogramme in Deutschland und Großbritannien.

5 In der zeitgenössischen Gouvernentalitätsforschung gilt nach Prinz/Wuggenig (2007: 239f.) auch Foucaults Arbeit als idealtypengeleitet, denn es wird angenommen, dass „reale Gouvernentalitäten auf ökonomisch-politischen Mischformen basieren und divergierende, zum Teil sich widersprechende Diskursfragmente und Technologien in sich vereinen“.

6 Die Gegenüberstellung von Neoliberalismus und Gemeingütertheorie erfolgt ausdrücklich idealtypisch. Auf etwaige Gemeinsamkeiten der beiden Theorien wird noch genauer eingegangen. Für die Darstellung der neoliberalen politischen Rationalität wurde der reiche Forschungsstand der Governmentality Studies destilliert, deren Vertreter sich seit Anfang der 1990er Jahre an dieser Wissensformation abarbeiten (vgl. international Burchell et al. 1991 und für den deutschen Sprachraum Bröckling et al. 2000; Krasmann/Volkmer 2007). Nach dem derzeitigen Kenntnisstand gibt es noch keine Analysen zur Gouvernentalität der Gemeingüter, weshalb dieser Idealtyp politischer Rationalität in einer selbst strukturierten Diskussion und Aus-

Diese Gegenüberstellung ermöglicht entlang von zentralen Kategorien wie Räumlichkeit, Subjektivierung und Exklusionsmechanismen die Suche nach korrespondierenden Mustern in der „Alters-Literatur“.

Kriterienkatalog zur neoliberalen politischen Rationalität

Festzuhalten ist zunächst, dass an der Basis neoliberaler Räumlichkeit das Ideal einer Universalisierung des Marktes liegt und hierbei besonders der Wettbewerb als strukturgebendes Prinzip wirksam wird. Hieraus ergibt sich vor allem eine Expansion ökonomischer Handlungsmaximen in alle Bereiche der Gesellschaft. Die Trennung zwischen Arbeit und Privatsphäre wird prekär. Durch eine neue Beziehung zwischen Expertise und Politik verändert sich die Sichtbarkeit politischer und sozialer Prozesse, die im Neoliberalismus durch Verfahren der Budgetierung und kalkulative Regime wahrgenommen und evaluiert werden. Politische Interventionen im sozialen Raum setzen bei individuell-motivationalen Faktoren an. So entstehen neue Freiheitsräume, die jedoch mit dem Zwang verbunden sind, von ihnen Gebrauch zu machen. Regime der Kontrolle werden zunehmend ersetzt durch Techniken des Qualitätsmanagements, das eine Kontrolle der Selbstkontrolle etabliert, die bis zum demokratisierenden Panoptismus der 360°-Beurteilung in Unternehmen und Behörden reicht.

Neoliberale Regierungskunst nutzt so den Wunsch nach Selbstverwirklichung der Individuen als Ressource und betont Motive der Bewegung, Flexibilität und Fitness im Subjektivierungsprozess. Experten strukturieren Entscheidungsräume vor, indem sie die Bürger über Chancen, Möglichkeiten und Risiken ihrer Lebensgestaltung aufklären. Diese aktive Lebensgestaltung unterliegt jedoch selbst dem Diktum des Unternehmertums und so kennt sie keine zeitliche Begrenzung außer das Erlöschen des Lebens selbst. Bis zu diesem Endpunkt versucht das neoliberal-subjektiviert Individuum, sein fluides Ego möglichst im Plural zu denken und lebt im Prozess seiner ständigen Rekombination. Es wird damit immer mehr vom Subjekt zum Projekt.

wertung der Primärliteratur (vgl. vor allem Ostrom 1999; Nonini 2007; Benkler/Nissenbaum 2006 und für den deutschen Sprachraum Helfrich 2009a) entwickelt wurde. Auch die Ratgeberliteratur zum Wohnen im Alter wurde noch nicht aus einer genealogischen Perspektive ausgewertet. Inspiriert wurde diese Vorgehensweise allerdings durch Ulrich Bröcklings Analysen zeitgenössischer Managementliteratur (Bröckling 2007) und durch das Projekt zu Altersbildern in Deutschland einer Jenaer Forschungsgruppe um Stephan Lessenich (van Dyk/Lessenich 2009).

Mit diesen Entwicklungen geht eine Individualisierung von Risikopotentialen einher, die im Neoliberalismus mehr und mehr zu einem Problem der Selbstsorge werden. Die persönliche Vorsorge wird als Obliegenheit zur Grundlage der individuellen Rechte der Individuen, denn das Recht auf Informationen verwandelt sich für die „Experten ihrer Selbst“ zusehends zu einer Pflicht der Informiertheit. Es herrscht vor allem die abstrakte Gemeinsamkeit der Versicherungskollektive im Gegensatz zur Vergemeinschaftung, wie sie bei der Untersuchung der Gemeingüter eine Rolle spielen wird. Die produktive Dynamik des Neoliberalismus lebt unter anderem von der ständig präsenten Gefahr für die Individuen, den Anschluss zu verlieren und an den Rand gedrängt zu werden. Kontingenz ist hier zugleich Produktionsfaktor und möglicher Schaden und wird bewusst gelenkt und gefördert. Für die Individuen ergibt sich hieraus das prekäre Leben unter einem „Regime der Furcht“, ständig die Gefahr im Augenwinkel, im täglichen Wettbewerb versagen zu können. Einerseits werden Räume der Marginalität im Neoliberalismus durch Techniken der Community regiert, die dabei helfen sollen, Unzulänglichkeiten zu umgehen und Verluste durch Selbstversorgung zu minimieren. Andererseits schließt sich hier der Kreis der Universalisierung des Marktprinzips, da selbst Räume, die sich durch Armut, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit auszeichnen, für die Marktlogik erschlossen werden. Wo diese Modi des „Management des Elends“ nicht effizient wirken können, setzen auch im Neoliberalismus vergleichbar zum klassischen Liberalismus Disziplinartechniken ein.

Kriterienkatalog zur politischen Rationalität der Gemeingüter

Als dritter Weg zwischen Staat und Markt formuliert die Commons-Theorie eine Kritik an der fortschreitenden Kommodifizierung im Neoliberalismus und bringt einen emphatischen Gemeinschaftsbegriff gegen die Ausdehnung des Marktes in Anschlag. Orientiert an der Qualität der jeweils betroffenen Güter erfolgen im Zuge dessen neue Grenzziehungen in Umwelt und Gesellschaft. Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber übergeordneten Regelungsmechanismen herrscht die Forderung, jeder Ressource eigens zugeschnittene Regeln und Institutionen der Bewirtschaftung und Distribution zuzugestehen. Dieser Anspruch beinhaltet – ähnlich wie das Ideal der Universalität des Marktes im Neoliberalismus – ein Potential zur Ausdehnung in alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der von Elinor Ostrom entwickelte Multiakteursansatz zur polyzentrischen Verwaltung von Ressourcen macht die Bürgerinnen und Bürger zu zentralen Akteurinnen und Akteuren und stößt so eine Repolitisierung des Ökonomischen

an. Die Bürgerinnen und Bürger verhandeln in kollektiven Bedarfsgemeinschaften über die genaue institutionelle Ausgestaltung zur Bewirtschaftung „ihrer“ Ressourcen und sorgen damit auf der Mikro-Ebene auch für eine Rebürokratisierung des Ökonomischen im Sinne dezentraler Verwaltungseinheiten. Der Staat ist dabei idealerweise weniger Verwalter als vielmehr Ermöglicher und Förderer von gemeinschaftlicher Selbstorganisation. In Fällen, in denen die Vorzüge staatlicher Verwaltung überwiegen, sehen die Gemeingüter-Aktivistinnen und Aktivisten den Staat als einen Treuhänder, der die betroffenen Ressourcen vor Übergriffen des Marktes zu schützen hat. Hierin wird auch eine Gegenbewegung zur starken Rolle des Expertentums im Neoliberalismus ersichtlich, denn Ostrom, Helfrich und ihre Kolleginnen und Kollegen attestieren den betroffenen Bürgern die größte Kompetenz im Umgang mit den sie umgebenden Ressourcen.

Obwohl die Gemeingüter-Theorie Elemente der formalen Rationalität der Tauschwirtschaft beinhaltet, überwiegen Elemente der materiellen Rationalität einer Naturalwirtschaft in den Schilderungen der Autorinnen und Autoren. Wertschöpfung und Produktion sind klar am Gebrauchswert der Güter ausgerichtet, was eine Endlichkeit des Bedarfs impliziert. Hieraus ergibt sich eine Betonung von Idealen der Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung und der Bewahrung von Ressourcen für die Zukunft. Die Endlichkeit der Ressourcen findet dabei in doppeltem Sinne Berücksichtigung: So werden immaterielle Ressourcen wie Wissen oder Kultur gerade in ihrer potentiellen Unendlichkeit erkannt, was in einer Kritik an der künstlichen Verknappung dieser Ressourcen im Neoliberalismus resultiert.

Auch in Bezug auf die Subjektivierungsideale taucht die Gemeinschaft als zentrales Motiv auf. Die Individuen sind zwar als rational-nutzenmaximierende Akteure konzipiert, Ostrom und ihre Kolleginnen und Kollegen entwerfen jedoch ein anderes Rationalitätsverständnis als die Vertreterinnen und Vertreter neoliberaler Managementlehre: Es geht nicht um kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern um den Erhalt der Ressource und der Gemeinschaft für die Zukunft. Die menschliche Fähigkeit, komplexe Umwelten wahrzunehmen, gilt im Gegensatz zur Vorstellung einer perfekten Information durch die Preisbildung am Markt ausdrücklich als beschränkt und so wird die Abhängigkeit des Verhaltens der Akteurinnen und Akteure von der jeweiligen institutionellen Ordnung sowie den Normen und Werten der Gemeinschaften zum Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung. An Benklers und Nissenbaums Konzept der „clusters of virtue“ wurde gezeigt, dass der homo communis hierbei gleichzeitig als Menschenbild die Prämisse für die Überlegungen der Gemeingüter-Theoretiker wird und als Ideal des Subjektivierungsprozesses fungiert: In einem Kontext der Produktion, so die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der die Beteili-

gung tugendhafter Individuen von vornherein favorisiert, werden alle Beteiligten im Laufe der Zeit auch zur Tugendhaftigkeit erzogen, setzen sich für das Wohl anderer Individuen ihrer Gemeinschaften ein, pflegen Freundschaft, Geselligkeit und Bürgersinn und verwirklichen sich selbst in kreativer Tätigkeit.

Dass diese Entwürfe der Produktion „für das Leben“ nicht unbedingt so bedenkenlos im großen Maßstab umsetzbar sind, wie es bei der Lektüre der einschlägigen Literatur erscheinen mag, zeigt eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Exklusionsmechanismen der Community Governance. So sind Prozesse der Vergemeinschaftung immer mit der Bildung von Kollektividentitäten verbunden, mit der die Abgrenzung gegenüber einem Anderen einhergehen muss. Eine Gemeinschaft konstituiert sich nach innen durch Ausschluss anderer, durch Marginalisierung und zuweilen durch direkte Gegnerschaft. Auch im Inneren der Gemeinschaft greifen Mechanismen der Sanktion gegenüber Mitgliedern, die den Standards nicht gerecht werden oder gegen Werte und Normen verstoßen. Am Ende droht immer der Ausschluss aus der Gemeinschaft und damit womöglich auch der Ausschluss von der Gemeinressource. Es wird kaum thematisiert, dass auch solch einem System trotz der emphatischen Betonung von demokratischer Entscheidungsfindung durch Commons-Aktivistinnen und Aktivisten Machtstrukturen zugrunde liegen, die womöglich unzureichend vor Missbrauch gesichert sein könnten.

Neoliberalismus und Commons in den Wohnkonzepten

Der Mehrzahl der Literatur zum Thema liegt ein Bild des Alterns zugrunde, das vor allem auf die großen Potentiale der Generation der „neuen Alten“ abhebt. Dabei spielen neben gesundheitlichen und sozialen auch immer wirtschaftliche Faktoren eine Rolle:

„Die neuen Senioren von heute gelten als so vital, so aktiv und so wohlhabend wie keine Generation zuvor. [...] Mit der älter werdenden Gesellschaft nimmt auch die Macht der Älteren als Konsumenten zu (‘Consumer Power’). [...] Auf jeden Fall erwarten die Älteren keinen Seniorenmarkt, der nur eine Fortsetzung des Jugendmarkts mit bescheideneren Mitteln ist [...]. Nein, die Erlebniswelt der Senioren ist etwas Eigenes, z.B. ein eigenständiger Anlage- oder Wohnungsmarkt, ein Medien- oder Reisemarkt, in dem nicht ‘young and fun’, sondern Wohlbefinden und Lebensqualität gefragt sind“ (Opaschowski/Reinhardt 2007: 124f.).

Horst Opaschowskis Charakterisierung der „jungen Alten“ im Hinblick auf ihre Rolle als Konsumenten passt in einen wichtigen Strang der Diskussion zum Wohnen im Alter, der ganz im neoliberalen Sinne vor allem die generelle Gestaltungskraft des Marktprinzips und des Wettbewerbsgedankens als Regelungs-

prinzipien vorstellt. So liest sich wiederum in den Handlungsempfehlungen der Bertelsmann Stiftung, dass „[e]in leistungsrechtlich hoch ausdifferenzierter und über Steuern und Zwangsabgaben finanzierter Sozialstaat“ möglicherweise die „individuelle Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit“ mindere, während eine stärkere Gemeinwesenorientierung zwangsläufig mit einer Verminderung der Gestaltungsmacht von Verbänden, Kommunen und Staat einhergehen müsse (Bertelsmann Stiftung 2005: 23f.). Deshalb fordert die Stiftung auch folgerichtig eine konsequente Entbürokratisierung sowie die Etablierung „neuartige[r] Formen öffentlich-privater Partnerschaft“ (unter anderem mit Vertretern der Immobilienwirtschaft) (ebd.: 26) und fügt an, dass „nur wo Freiräume [...] staatliches Vordenken und Bestimmen zurückdrängen, [...] Spiel- und Lebensräume der Eigenverantwortung [entstehen]“ (ebd.: 24).

In diesen Auszügen ist insofern das Wirken der neoliberalen politischen Rationalität zu beobachten, als dass die Bertelsmann Stiftung vor allem den aus Steuern und Zwangsabgaben finanzierten Wohlfahrtsstaat für die Minderung individueller Leistungsbereitschaft verantwortlich macht und als Lösung zum einen eine Entbürokratisierung und zum anderen die Kooperation mit der Immobilienwirtschaft ins Feld führt. Dies würde zu einer stärkeren Geltung des Marktprinzips führen, das von der Stiftung und auch in einigen Ratgebern für die Vielfalt der alternativen Wohnprojekte einerseits verantwortlich gemacht und andererseits eingefordert wird: „Und schließlich ist nicht zu übersehen, dass auch die ‘Wirtschaftskraft Alter’ zunehmend erkannt wird, dass sich allmählich ein Seniorenmarkt zu entwickeln beginnt. Das differenzierte Altersbild unserer Gesellschaft spiegelt sich in einer wachsenden Differenzierung der Wohnangebote für ältere Menschen wider“ (ebd.: 13).

Hier wird impliziert, dass die Differenzierung der Wohnformen eine Reaktion des Marktes auf die höhere Kaufkraft der Seniorinnen und Senioren darstellt, während an gleicher Stelle Anbieter von Wohnungen, Einrichtungsgegenständen und technischen Hilfen dazu angeregt werden, „die Heterogenität der älteren Generationen sowie die Verschiedenartigkeit von Wohnpräferenzen [zu] berücksichtigen und ein entsprechend differenziertes Spektrum an Angeboten [zu] unterbreiten“ (ebd.: 13). Hier findet sich also eine klare Betonung der Mechanismen des Marktes als Regelungsprinzipien für die weitere Entwicklung der Wohnformen im Alter. Die Eigeninitiative der zukünftigen Bewohner spielt in diesem Zusammenhang erst einmal keine wesentliche Rolle.

In dem vom Magazin Stern herausgegebenen Ratgeber zum Wohnen im Alter von Holzamer bestimmt außerdem klar das Prinzip der Geldwirtschaft die persönlichen Beziehungen, die sich zwischen Ehrenamtlern und betreuten Senioren

entspinnen können. Holzamer entwirft ein Bild des Ehrenamts, das sich stark an der Dienstleistungsstruktur ambulanter Dienste orientiert. Er gesteht den persönlichen Nutzen der Betreuten bei der Inanspruchnahme ehrenamtlicher Dienste ein, nennt allerdings als stabilisierendes Prinzip in den Beziehungen ausschließlich den Austausch von Leistung und Zahlung, der den Kontakten „die Zufälligkeit“ nehme. So betont der hauptberufliche Journalist, dass die Seniorinnen und Senioren in diesem Fall keine Geschenke erwarten könnten, aber dafür Qualität und Zuverlässigkeit. (Holzamer 2008: 58).

Auch in familiären Verhältnissen gehe es nach Holzamer vor allem um den finanziellen Nutzen der Individuen, was sich gut in der Art verdeutlichen lässt, wie der Autor Angehörige anspricht, die in seinem Ratgeber nach Lösungen für die Wohnsituation ihrer Eltern suchen: „Der Vater will Sicherheit und Geborgenheit, der Sohn will seine wirtschaftlichen Möglichkeiten primär für sich und seine Familie einsetzen, nicht für die Altenpflege. Aber er will auch, dass der Vater nicht sein eigenes Vermögen für sich verbraucht, dass also das Erbe für Betreuungskosten aufgezehrt wird“ (ebd.: 42).

Für Holzamer stellen die alternativen Wohnformen also in erster Instanz eine Möglichkeit dar, Mehrkosten für die Angehörigen zu vermeiden, denn durch das Wohnen zu Hause werde „kein Geld für den Alten verschwendet“, wie es oft hinter vorgehaltener Hand heißt, wenn erhebliche Beträge für einen Heimaufenthalt zu zahlen sind“ (ebd.: 43).

Die Dominanz des Marktprinzips als primäre Regelungsinstanz auch im sozialen Raum wurde als typisches Merkmal neoliberaler politischer Rationalität gekennzeichnet, gehört es doch zu ihren Zielen, dass ökonomische Handlungsmaximen in möglichst allen Bereichen der Gesellschaft wirksam werden sollten. Diese Form der Markteinbindung kann jedoch in Konflikt zur Selbstbestimmtheit der Bewohnerinnen und Bewohner treten, die am Anfang dieses Kapitels als Grundprinzip gemeinschaftlichen Wohnens genannt wurde. So finden sich im Panorama der Ratgeberliteratur auch Stimmen, die sich explizit gegen den Import der Gesetze von Wettbewerb, Angebot und Nachfrage in den Sektor des gemeinschaftlichen Wohnens wenden und damit eher der politischen Rationalität der Gemeingüter folgen. Lixenfeld leitet seinen Bericht über verschiedene selbst-organisierte Projekte von Quartiersvernetzung bis Wohngemeinschaft mit einem klaren Statement gegen staatliche Bürokratie und die Profitorientierung von Pflegeheimen und ambulanten Diensten ein. Sein Buch handle von Menschen,

„die sich dem Trend zur Kasernierung einer ganzen Altersgruppe widersetzen. Die – zum Teil seit Jahrzehnten – für ihre Ideen gekämpft, sich über menschenverachtende Bürokratie und wirtschaftliche Interessen hinweggesetzt haben und so zum Vorbild

wurden für Dutzende anderer Initiativen in ganz Deutschland. Und er stellt Menschen vor, die von diesen Initiativen profitieren, denen es trotz Pflegebedürftigkeit gelingt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen“ (Lixenfeld 2008: 186).

Ganz im Gegensatz zu Holzamers Ausführungen über die Zufälligkeit sozialer Beziehungen stellt auch Graham Meltzer in seinem Standardwerk zum Cohousing fest, dass materieller Konsum in solchen Gemeinschaften weniger wichtig wird, während soziale Beziehungen und Umweltbewusstsein stark an Wert gewinnen (Meltzer 2005: 156). Er fügt hinzu, dass individualistische und materialistische Attitüden durch das Leben im Cohousing schwinden und nennt dafür folgende Gründe: „In cohousing, through deepening one’s connection with others, such aspirations are dismantled and reassembled into a more altruistic, outwardly-focused caring for the well-being of others. The focus of caring shifts from self (and family) toward unrelated others [...] and from material to social need“ (ebd.: 148f.).

In diesen Auszügen aus den Ratgebern findet sich nicht nur der Hinweis auf das gemeinschaftliche Wohnen als „dritter Weg zwischen Markt und Staat“, sondern auch eine Kritik an der fortschreitenden Kommodifizierung sozialer Beziehungen und Güter. Der Staat ist für die Beförderung dieser Alltagspraktik natürlich nicht bedeutungslos. Seine Rolle besteht vielmehr in der Vorstellung der Ratgeber-Autorinnen und Autoren – besonders in Bezug auf sozial schwächer gestellte Gruppen ohne hohes Eigenkapital – in der Funktion eines Ermöglichers, der für die Initiierung von selbstorganisierten Wohnprojekten öffentliche Gelder zur Verfügung stellt. Dies müsse jedoch „in Zeiten leerer Kassen meist hart erkämpft werden“ (Fuchs/Orth 2003: 81).

Ansonsten liegt der Fokus klar auf dem Potential sozialer Beziehungen für die Wohlfahrt der alternden Bevölkerungen. So findet sich z.B. in Lixenfelds Beschreibung des „Altenhilfe-Netzwerks Rendsburg“ die Metapher vom Netz, das „keine Löcher hat“ und „möglichst alle auffangen“ soll, die weiterhin in der Mitte der Gesellschaft leben möchten (Lixenfeld 2008: 201; vgl. Osterland 2000: 61, Sieck 2008: 33, Keller 2006: 105). In sehr ähnlicher Form taucht diese Art von Bildlichkeit in Silke Helfrichs Beschreibung der Commons als soziales „Netz, das uns trägt“ (Helfrich 2009b: 15) auf.

In einigen Texten drückt sich außerdem auch ein Verständnis von Wert aus, das über die Maximierung des Tauscherts einer Investition hinausgeht und vor allem das Gebrauchen in den Mittelpunkt stellt, wie es sich exemplarisch bei Harald Blonski wiederfindet, wenn er schreibt: „Der Raum, die Wohnung, das Haus: Sie sind, insbesondere für Seniorinnen und Senioren, mehr als bloße Mietobjekte oder Eigentum. Ihr Sinn und ihre Bedeutung liegen tiefer, weisen weit über ökonomische und Besitzaspekte hinaus“ (Blonski 2009: 7).

Hier wirkt klar ein Verständnis von Wert, das dem der Gemeingütertheorie gleicht, der überwiegend die materielle Rationalität der Naturalwirtschaft zugrunde liegt und die darauf zielt, orientiert an der jeweiligen Qualität der Güter, neue Grenzziehungen in Gesellschaft und Umwelt zu etablieren. Den „Alten“ wird damit – abgesehen von den obigen Zuschreibungen als „neue Wirtschaftskraft“ – auch eine andere Qualität attestiert, die nicht messbar sei und in keiner wirtschaftspolitischen Statistik auftauche (Haas 2008: 14).

Hauptadressat der untersuchten Wohnratgeber sind die schon erwähnten „neuen“ oder „jungen Alten“, die vor allem in Bezug auf ihre großen Fähigkeiten und Potentiale definiert werden. Eine Forschungsgruppe aus Jena um den Soziologen Stephan Lessenich hat in ihrer Studie über Altersbilder in Deutschland belegt, dass sich in den letzten 20 Jahren ein „hermetisch geschlossener Diskurs“ entfaltet habe, der fast ausschließlich die zu entdeckenden Qualitäten der älteren Bevölkerung betont (Lessenich 2010). Die in dieser Arbeit untersuchten Publikationen machen da keine Ausnahme. Selbst diejenigen, die das gemeinschaftliche Wohnen als Gegenbewegung zur Individualisierung und Prekarisierung in den westlichen Gesellschaften begreifen, gehen im Hinblick auf die Motivationslagen und nötigen Fähigkeiten zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohner zumindest in Teilen von klar neoliberal geprägten Subjekten aus. Bis „Mitte/Ende 70“ sei die Mehrheit „meist selbstständig, fit, unternehmungslustig und nicht nur modisch interessiert“ (Sieck 2008: 15), es handele sich um „aktive Menschen, die noch keine Lust haben, sich auf ihren Ruhestand vorzubereiten“ (ebd.: 12). Beiden Geschlechtern wird die Fähigkeit zugesprochen, „aktiv[er] ihre Interessen zu verfolgen, als es früher der Fall war“ (Holzamer 2008: 15). Neben Offenheit und Toleranz gehöre auch Flexibilität zu den Kerneigenschaften einer guten WG-Bewohnerin oder eines guten Hausgemeinschaftsnachbarn (Fuchs/Orth 2003: 128). Für das „Weiterwohnen wie bisher“ spreche zudem „ein ausgeprägter Hang zur Unabhängigkeit und die Fähigkeit, sich selbst und andere immer wieder zu einer aktiven Freizeitgestaltung zu motivieren“ (Fuchs/Orth 2003: 124). Umgekehrt fördere und produziere das Zusammenleben mit anderen auch genau diese Qualitäten. Es halte „flexibel, aktiviert und stärkt die persönlichen Ressourcen“ (Keller 2006: 91). Holzamer bereitet seine Leserinnen und Leser darauf vor, dass die Unterstützungen des Staates für Seniorinnen und Senioren weiter sinken werden und beweist ein eigenwilliges Staatsverständnis, wenn er ihnen rät, sich nicht mit den „Almosen des Staates“ zufrieden zu geben, sondern nach der Lösung zu suchen, „die Sie mit eigener Kraft leisten können“ (Holzamer 2008: 16).

Damit heben sich die Ratgeber kaum vom „Hintergrundrauschen“ der Publikationen aus Wissenschaft, Stiftungen und Verbänden ab, die jedoch teilweise

sogar etwas weiter gehen. „Der Anspruch der ‘Neuen Alten’ von heute lautet: Lebensqualität im Ruhestand ist nicht mehr das, was mir geboten wird, sondern das, was ich daraus mache“ (Opaschowski/Reinhardt 2007: 114), stellt Opaschowski in seiner Datenschau zum Alter in Deutschland fest und trifft damit genau den Ton bei der Beschreibung der „jungen Alten“, auf die sich alle Lager geeinigt zu haben scheinen. Lösungen für das Wohnen außerhalb von urbanen Regionen werden in der Zeitschrift des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in ähnlichem Ton als „Land leben und sich selbst managen“ angepriesen (Kuratorium Deutsche Altershilfe 2010).

Im Papier der Bertelsmann Stiftung finden sich wiederum die deutlichsten Worte zur Beschreibung der neoliberalen Subjektivität der „neuen Alten“. Der Beirat „Leben und Wohnen im Alter“ nennt als Potentiale des Alters, „die für das Humanvermögen unserer Gesellschaft wichtig sind“ vor allem „differenzierte Wissenssysteme, Daseins- und Fachkompetenzen, persönlich reflektierte Erfahrungen sowie die Ressource Zeit“ (Bertelsmann Stiftung 2005: 4). Zudem hebt er vor allem das Arbeits- und das Mobilitätspotential des Alters hervor und fordert „altersgerechte zeitliche und räumliche Organisationsformen der Arbeit sowie die förderliche Ein- und Zuordnung von Wohnungen und Arbeitsstätten mit altersgerechten Mobilitätsbedingungen“ (ebd.: 11). Das Argument für die räumliche Integration von älteren Menschen funktioniert hier also maßgeblich über ihre nun vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wichtige gewordene Rolle im Erwerbsleben.

So liegt es auch nahe, dass der Beirat dem Staat in Bezug auf mögliche Maßnahmen der Qualitätssicherung empfiehlt, neue Formen zu entwickeln, die sich nicht blockierend auf die Eigeninitiative der Akteure auswirken. Während solche staatlichen Korrekturen zur Entwicklung der Wohnsituation im Alter also möglichst weich und dezentral wirken sollen, erhoffen sich die Expertinnen und Experten der Bertelsmann Stiftung die besten Ergebnisse von der Arbeit am Individuum und der Verbesserung seiner „Daseinskompetenzen“, die als Voraussetzung für ein selbstverantwortliches und gemeinwesenorientiertes Leben dargestellt werden (ebd.: 7). Zu diesen Daseinskompetenzen zähle auch die sogenannte „Wohnkompetenz“, die gleichbedeutend mit der Fähigkeit sei, „sich über das bestehende Spektrum an Wohnangeboten ausreichend zu informieren, die eigenen Wohnbedürfnisse in der Gegenwart und in der Zukunft zu reflektieren und zu artikulieren sowie zu einer differenzierten Entscheidungsgrundlage bezüglich des Wohnens zu gelangen“ (ebd.: 14).

In Abgrenzung zu biologischen Zwängen, die das Älterwerden beinhaltet, liegt hier die Betonung vor allem auf dem freien Gestaltungsspielraum der Subjekte,

auch im Hinblick auf ihre Gesundheit. Aus den proklamierten Potentialen der „jungen Alten“ leiten sich somit auch Pflichten her, von diesen Kraftreserven Gebrauch zu machen. Die Wohnkompetenzen gelten als Schlüsselqualifikation, um eine Lösung zu finden, die den eigenen individuellen Bedürfnissen und den gebotenen Handlungsspielräumen gerecht wird, und sie stellen zudem den Schlüssel zur „Kundensouveränität im trickreichen Markt des Altenwohnens“ (ebd.: 27) dar. Die „Daseinskompetenzen“ bilden sich jedoch – bei all den positiven Eigenschaften, die der älteren Generation zugeschrieben werden – nicht von selbst heraus. Ihre Förderung ist vielmehr Teil eines lebenslangen Lernprozesses. „So ein Bauprojekt, das ist wie eine Ausbildung“ (Fuchs/Orth 2003: 58), geben Fuchs und Orth ihren Leserinnen und Lesern zu bedenken, die Expertinnen und Experten der Bertelsmann Stiftung wissen allerdings, dass diese Ausbildung schon viel früher anfangen muss: „Die hier angesprochenen Kompetenzen gründen zum einen auf Entwicklungspotentialen der Person über den gesamten Lebenslauf: Denn die Fähigkeit, selbstverantwortlich Entscheidungen zu treffen, muss in allen Abschnitten der Biografie immer wieder neu unter Beweis gestellt werden“ (Bertelsmann Stiftung 2005: 14).⁷

Wenn das Unternehmertum seiner Selbst wirklich, wie Ulrich Bröckling es beschreibt, erst im Tod ein Ende findet, dann muss selbst der Ruhestand zum „Unruhestand“ (Sieck 2008: 47f.) werden.

Auf der anderen Seite wird die Praktik des gemeinschaftlichen Wohnens im Alter vor allem mit der Absicht eingeführt, in der Gesellschaft schon wirksamen Exklusionsmechanismen entgegenzuwirken. Vor allem als Alternative zum Disziplinarapparat des Altenheims, in dem alte Menschen nach Ansicht der Autorinnen und Autoren „in vielen Fällen einfach nur noch ‘verwahrt’“ (Sieck 2008: 8) werden, soll das Leben in Gemeinschaft und integriert in das Wohnquartier die Seniorinnen und Senioren zurück in die Mitte der Gesellschaft holen. So gebe es kein besseres Mittel gegen Einsamkeit und Depressionen als eine Wohngemeinschaft (Fuchs/Orth 2003: 30), und gerade Themen wie Krankheit, Abhängigkeit und Tod, die sonst nur zum „Anderen“ der neoliberalen Subjektivität zählen, würden in einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt „bewusst erlebt und gewürdigt“ (ebd.: 89). Im Konzept des Vereins des „Hauses Kapellenbring“ liest sich das z.B. so: „In einem vorwiegend naturwissenschaftlich-medizinisch bestimmten Menschenbild erscheint der Tod als Niederlage. Ist es möglich, durch eine andere Auffassung vom

⁷ Vergleiche zur Notwendigkeit des lebenslangen Lernens außerdem Zeman (2008: 5) und zum „successful aging“, das als Bedingung für soziale Anerkennung im Alter angeführt wird, Opaschowski/Reinhardt (2007: 113f.).

Tod und dem Leben danach zu einer neuen Sinnggebung für die letzte Lebensphase und auch zu einer neuen Kultur im Umgang mit Sterben und Tod zu kommen“ (zitiert nach ebd.: 89)?

Trotzdem ist auch die Praktik des gemeinschaftlichen Wohnens selbst von Linien der Exklusion durchzogen, die – abhängig von der konkreten Form und den jeweiligen Rahmenbedingungen – zum Vorschein kommen können.

In Ballungsgebieten und Städten mit knappem Wohnungsangebot und hohen Miet- und Kaufpreisen kann sich die Suche nach geeigneten Immobilien oder Grundstücken für ein gemeinschaftliches Wohnprojekt als äußerst schwierig herausstellen. In eher ländlichen oder für die jüngere Generation unattraktiv gewordenen Regionen (wie z.B. in großen Teilen Ostdeutschlands) steht hingegen viel Wohnraum leer, wodurch sich die Chancen, ein passendes Objekt und verhandlungsbereite Vermieter zu finden, erhöhen (Keller 2006: 95). In dieser Konstellation deutet sich an, dass Individuen, die sich für eine alternative Wohnform entscheiden, Gefahr laufen könnten, in Randgebiete abgedrängt zu werden, die für den Rest der Bevölkerung nicht mehr wirklich lebenswert erscheinen. Dies würde eine durch den Wohnungs- und Immobilienmarkt vermittelte räumliche Marginalisierung im regionalen oder größeren Maßstab für Menschen bedeuten, die eigentlich Nähe und Integration in einer Wohn- oder Hausgemeinschaft suchen.

Doch auch der Zugang zu gemeinschaftlichen Wohnformen als Mittel zur Altersvor- und Selbstsorge gestaltet sich nicht so offen und schrankenlos, wie man zunächst meinen könnte. Häufig ist in der medialen Debatte vom „Idealfall“ die Rede, in dem z.B. der gebrechliche reiche Rentier mehr Geld beisteuert, während jemand „ärmeres“ dafür einiges an Arbeit und Pflege im Haushalt übernimmt. In der Realität muss es aber nicht unbedingt zu solchen Konstellationen kommen: Armut und Gebrechen können auch in der gleichen Person zusammenfinden.

Auch innerhalb der gemeinschaftlichen Wohnprojekte können Exklusionsmechanismen greifen, die jedoch an anderen Punkten ansetzen, als es in den gerade beschriebenen Beispielen der Fall ist. Gemeinschaften schließen sich nach askriptiven Merkmalen ab. Das zeigt sich auch in der untersuchten Literatur. So findet sich bei Sieck die Bemerkung, dass Gewohnheiten, Interessen, Lebensvorstellungen und der berufliche Hintergrund der Bewohnerinnen und Bewohner einer Wohngemeinschaft nicht zu unterschiedlich sein sollte, wenn das Zusammenleben eine Zukunft haben soll (Sieck 2008: 60). Fuchs und Orth berichten sogar von Haus- und Wohngemeinschaften, die bei der Neubelegung von Räumen genau prüfen, in welchen Abhängigkeiten die Bewerberinnen und Bewerber stehen: „Menschen, die ihnen emotional allzu bedürftig und unselbstständig erscheinen, lehnen sie in der Regel ab, weil sie – oft zu Recht – befürchten, dass diese nur von

der Gruppe, die Gruppenmitglieder aber nicht von ihnen profitieren“ (Fuchs/Orth 2003: 127).

Vielen älteren Menschen fällt es schwer, sich an das Leben in einer Gemeinschaft anzupassen und mit den neuen Mitbewohnern zu harmonisieren (Reindl/Kreuz 2009: 21). Je stärker die älteren Menschen aufgrund staatlicher Aktivierungsstrategien und Kürzungen im Gesundheitswesen für den Erhalt ihrer Wohlfahrt auf persönliche Beziehungen angewiesen sind, desto größer ist auch das Risiko, dass Individuen, die nicht die sozialen Kompetenzen für das enge Zusammenleben mitbringen, am Ende ganz allein dastehen.

Besonders in den herrschenden Exklusionsmechanismen zeigt sich ein Widerspruch, der in unterschiedlichen Formulierungen quer durch die untersuchte Literatur beschrieben wird, wenn es um die Charakterisierung der Bedürfnisse älterer Menschen im gemeinschaftlichen Wohnen geht. Dieser Widerspruch äußert sich, so die Autorinnen und Autoren in ihren eigenen Worten, im gleichzeitigen Bedürfnis nach „Distanz und Nähe“ (Fuchs/Orth 2003: 74, 135; vgl. Keller 2006: 96) „Gemeinschaftlichkeit und Privatheit“ (Henckmann 1999: 23), nach „Zusammengehörigkeit ohne Abhängigkeit“, „Verantwortung füreinander ohne lebenslange Pflichten“ (Riemer-Notenius 2002: 49; vgl. weiterhin Reindl/Kreuz 2009: 21) bei der Verbindung der „Vorteile traditioneller Großfamilien und Dorfstrukturen mit modernen Bedürfnissen nach individueller Freiheit und Selbstbestimmung“ (Sieck 2008: 73) und kann als Sinnbild für die Vermischung der beiden politischen Rationalitäten der Gemeingüter und des Neoliberalismus gelesen werden. Wie sich dieser Widerspruch äußert und ob es sich damit leben lässt, hängt einerseits von der Verfasstheit der Gruppen ab. Andererseits tritt hier klar vor Augen, dass die richtigen institutionellen Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, wenn die Wahlverwandtschaft einen Beitrag dazu leisten soll, gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität zu befördern. Wenn „sharing“ nicht eine neue Spielart auf der Klaviatur fortgeschritten-liberalen Regierens werden soll, gilt es, das politische Potential der Gemeingüter zu realisieren.

Literatur

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) 2007: Wirtschaftsmotor Alter. Kurzfassung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Berlin
- Benkler, Yochai/Nissenbaum, Helen 2006: Commons-based Peer Production and Virtue. In: *The Journal of Political Philosophy* 14: 4, 394–419
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main

- /Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) 2000: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.) 1991: *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Chicago, IL
- Dean, Mitchell 1999: *Governmentality. Power and rule in modern society*. London
- Delaney, Patrick 2014: *Gouvernementalität in der alternden Gesellschaft. Wohnen im Alter zwischen Neoliberalismus und Solidarität*. Berlin
- van Dyk, Silke/Lessenich, Stephan (Hg.) 2009: *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*. Frankfurt am Main
- Helfrich, Silke (Hg.) 2009a: *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*, München
- 2009b: Einleitung. In: Helfrich 2009a, 11-23
- Kade, Sylvia 1994: Einleitung. In: Kade, Sylvia (Hg.): *Individualisierung und Älterwerden*, Bad Heilbrunn, 9-15
- Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hg.) 2007: Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. *Internationale Beiträge*. Bielefeld
- Lemke, Thomas 2008: *Gouvernementalität und Biopolitik* (2. Auflage). Wiesbaden
- Lessenich, Stephan 2010: Das Alter von heute. Ambivalenzen von Alterspolitik und Alter(n)serfahrung. In: *Mittelweg* 36 19: 5, 5-7
- Nadesan, Majia H. 2008: *Governmentality, Biopower, and Everyday Life*. New York
- Nonini, Donald M. (Hg.): *The Global Idea of ‘the Commons’* New York
- Ostrom, Elinor 1999: *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*. Tübingen
- Prinz, Sophia/Wuggenig, Ulf 2007: Das unternehmerische Selbst? Zur Realpolitik der Humankapitalproduktion. In: Krasmann/Volkmer 2007, 239-265
- Rose, Nikolas 1996: *Governing „Advanced“ Liberal Democracies*. In: Barry/Osborne/Rose 1996, 37-64
- 1999a: *Governing the Soul. The Shaping of the Private Self* (2. Auflage). London
- 1999b: *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Arcata, CA
- Scott Hunt, Susan 2007: *CoHousing for Stages of an Aging Britain* (ENHR International Conference ‘Sustainable Urban Areas’). Internet: http://eprints.mdx.ac.uk/4295/1/Scott_Hunt_-_Cohousing_for_stages_of_an_aging_Britain.pdf
- Ratgeber, Projektbeschreibungen und Publikationen aus Experten- und Politikberatung Bertelsmann Stiftung 2005: *Positionspapier Perspektiven für das Wohnen im Alter. Handlungsempfehlungen des Beirates „Leben und Wohnen im Alter“*. Internet: http://www.kda.de/files/wohnen/2006-03-01positionspapier_wohnen.pdf
- Blonski, Harald 2009: Einleitung, in: Blonski, Harald (Hg.): *Die Vielfalt des Wohnens im Alter. Modelle, Erfahrungen, Entscheidungshilfen*. Frankfurt am Main, 7–19
- Fuchs, Dörte/Orth, Jutta 2003: *Umgang in ein neues Leben*. München
- Haas, Hannegret 2008: *Den Jahren mehr Leben geben. Fantasievoll älter werden*. Freiburg im Breisgau

- Henckmann, Antje 1999: Aufbruch in ein gemeinsames Altern. Neue Wohnformen im Alter. Opladen
- Holzamer, Hans-Herbert 2008: Optimales Wohnen und Leben im Alter. Wien
- Keller, Sabine 2006: Leben und Wohnen im Alter. Berlin
- Kuratorium Deutsche Altershilfe 2010: Archiv. Aktuelle und ältere Ausgaben von Pro Alter. Internet: <http://www.kda.de/proalter-archiv.html>
- Lixenfeld, Christoph 2008: Niemand muss ins Heim. Menschenwürdig und bezahlbar – ein Plädoyer für die häusliche Pflege. Berlin
- Meltzer, Graham 2005: Sustainable Community. Learning from the Cohousing Model. Victoria, BC
- Opaschowski, Horst W./Reinhardt, Ulrich 2007: Altersträume. Illusion und Wirklichkeit. Darmstadt
- Osterland, Astrid 2000: Nicht allein und nicht ins Heim. Alternative: Alten-WG. Paderborn
- Reindl, Bernhard/Kreuz, Dieter 2009: Wohnen im Alter. Wegweiser auch für Angehörige, 2. überarbeitete Auflage. Berlin
- Riemer-Notenius, Erika 2002: Beginenhof Bremen. Was ist aus dem Bremer Modell geworden?. In: ab 40: 4, 49-55
- Sieck, Jörg-Rüdiger 2008: Wohnen im Alter. Zeitgemäße Alternativen für einen neuen Lebensabschnitt. Hannover
- Zeman, Peter 2008: Rahmenbedingungen für das Engagement der Älteren. Impulsreferat zur Auftaktveranstaltung Bürgerschaftliches Engagement der Älteren stärken der Friedrich-Ebert-Stiftung. Internet: <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/VortragPeterZeman.pdf>

*Patrick Delaney, Odenwaldstrasse 8, 20255 Hamburg
E-Mail: P.Delaney@gmx.net*